

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Bettina Domer (SPD)**

vom 09. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Dezember 2020)

zum Thema:

**Spandauer Havelpromenade an der Insel Eiswerder seit April 2020 gesperrt:
Gefahr durch alte chemische Kampfstoffe?**

und **Antwort** vom 18. Dez. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Dez. 2020)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Frau Abgeordnete Bettina Domer (SPD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25861
vom 09.12.2020
über Spandauer Havelpromenade an der Insel Eiswerder seit April 2020 gesperrt:
Gefahr durch alte chemische Kampfstoffe?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat teilweise nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Anfrage zukommen zu lassen und hat daher das Bezirksamt Spandau um Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben.

Frage 1:

Trifft es zu, dass der rechtsseitige Uferweg neben der kleinen Eiswerderbrücke an der Insel Eiswerder in Richtung Spandauer-See Brücke seit dem April 2020 gesperrt ist?

Antwort zu 1:

Das Bezirksamt Spandau teilt hierzu mit:
„Ja, das trifft zu.“

Frage 2:

Trifft es zu, dass sich auf dem gesperrten Uferweg ein Hinweisschild des Straßen- und Grünflächenamtes des Bezirks Spandau mit folgendem Inhalt befindet: „Liebe Besucherinnen, liebe Besucher, dieser Weg muss wegen eines Kampfmittelfundes bis zur Räumung aus Sicherheitsgründen leider gesperrt werden. Wir bemühen uns die Räumung, schnellstmöglich durchführen zu lassen“.

Antwort zu 2:

Das Bezirksamt Spandau teilt hierzu mit:

„Ja, das trifft zu. In der 48. Kalenderwoche 2020 wurde das Hinweisschild aufgrund neuerer Erkenntnisse ausgetauscht gegen ein aktualisiertes Schild mit dem Text „...dieser Weg ist wegen Ablagerungen chemischer Kampfstoffe bis zur Räumung aus Sicherheitsgründen gesperrt. Leider war es nicht nur ein Kampfmittelfund. Der Durchgang zur Kleinen Eiswerderstraße muss bis zum Abschluss der Räumung gesperrt bleiben.““

Frage 3:

Welche Kampfmittel und potentiell gefährliche Stoffe sind nach Kenntnis des Senats und des Bezirks Spandau im Boden der Insel Eiswerder im Allgemeinen und auf dem gesperrten Uferweg im Besonderen vorhanden? (Bitte nach besonders belasteten Abschnitten und Stoffen und Eigentümern aufschlüsseln)

Antwort zu 3:

Auf dem an dem Uferweg angrenzenden Grundstück zwischen der Daumstraße und der Havel sind bei Tiefbauarbeiten Bodenbelastungen durch organische Arsenverbindungen gefunden worden, die auf die Produktion von chemischen Kampfstoffen am Standort an der Daumstraße zurückzuführen sind. Es gab vereinzelte Funde von vergrabenen Gebinden mit den Primärkampfstoffen Diphenylarsinchlorid (CLARK I) und Phenylarsincyand (CLARK II). Zumeist befanden sich diese Vergrabungen in wiederverfüllten Bombentrichtern.

Die stark arsenhaltigen Ablagerungen auf dem Ufergrundstück umfassen ca. 30 m² und befinden sich genau unter dem Uferwanderweg auf Höhe der Steganlagen.

Frage 4:

Geht von diesen Stoffen und Kampfmitteln aktuell eine konkrete oder abstrakte Gefahr für Mensch und Umwelt aus? Wenn ja, bitte aufführen welche Art von Gefahren bei welchen Stoffen unter welchen Umständen möglicherweise für Mensch, Tier und Fauna drohen.

Antwort zu 4:

Das Bezirksamt Spandau teilt hierzu mit:

„Aktuell sind die arsenhaltigen Stoffe gesichert, so dass keine konkrete Gefahr besteht. Eine abstrakte Gefahr besteht für tieferliegende Bodenschichten und das Grundwasser, wenn durch Niederschläge Auswaschungsprozesse der arsenhaltigen Kampfstoffverbindungen und der in deren direktem Umfeld befindlichen arsenhaltigen Bodenschichten erfolgen. Eine Verlagerung wird durch die eingeleitete Sanierung verhindert.“

Frage 5:

Wann und wodurch erlangte der Senat und der Bezirk Spandau Kenntnis vom Vorhandensein von chemischen Kampfstoffen auf dem Wegeabschnitt nahe der Insel Eiswerder?

Antwort zu 5:

Das Bezirksamt Spandau teilt hierzu mit:

„Die Altablagerungen von chemischen Kampfstoffen (CLARK) wurden in der 10. Kalenderwoche bei Bauarbeiten vom bauausführenden Unternehmen auf dem Nachbargrundstück aufgefunden. Das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirksamtes Spandau wurde am 6. März 2020 darüber informiert.“

Frage 6:

Sind die Bodengutachten des bisherigen Eigentümers der Insel Eiswerder (Bima) dem Senat und dem Bezirk bekannt bzw. bekannt gemacht worden?

Frage 7:

Welche Schadstoffe finden sich nach diesem Bodengutachten hiernach im Boden auf der Insel Eiswerder und auf angrenzenden ehemaligen Geländen der Rüstungswirtschaft und Materialerprobung?

Antwort zu 6 und 7:

Weder dem Bezirksamt Spandau noch der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz liegt ein Bodengutachten vor.

Frage 8:

Welche Maßnahmen hat das Bezirksamt Spandau seit der Sperrung des Uferwegs getroffen, um die Gefahr zu beseitigen und Schaden von Mensch und Umwelt abzuwenden und die Allgemeinheit und die Nutzer*innen und Bewohner*innen der Insel Eiswerder zu informieren? (Bitte im Einzelnen auflühren)

Antwort zu 8:

Das Bezirksamt Spandau teilt hierzu mit:

„Die Fundstelle wurde bis zur Bodensanierung durch geeignete Gefahrenabwehrmaßnahmen (Folien- und Bodenabdeckung als Schutz vor Berührungen und steigenden Temperaturen) fachgerecht gesichert. Die Bergung erfolgt unter besonderen Auflagen, um weitere Bodenverunreinigungen zu vermeiden.“

Frage 9:

Wann wird mit einem erfolgreichen Abschluss dieser Maßnahmen gerechnet?

Antwort zu 9:

Der erfolgreiche Abschluss der Sanierung wird bis Mai 2021 erwartet.

Frage 10:

Welche Problematiken bestehen aus Sicht des Senats und des Bezirkes hinsichtlich der Beseitigung der Bodenbelastung auf der Insel Eiswerder?

Antwort zu 10:

Bei den Kontaminationen im Bereich des Uferweges am östlichen Havelufer besteht bei ungesicherter Exposition die Gefahr, dass sich die Viskosität der gefundenen Substanzen bei Temperaturen ab 20° C verändert und sie sich verflüssigen, verkleben und ausgasen können.

Frage 11:

Wie hoch sind die Kosten dieser Maßnahmen und wer trägt die Kosten für die Sanierung?

Antwort zu 11:

Die Kosten für die Sanierung trägt die Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz.

Nach derzeitigem Kenntnisstand ist davon auszugehen, dass die Kosten für den Aushub etwa zwischen 50 und 80 T€ liegen. Die Entsorgungskosten inkl. Transport zu der zugelassenen Entsorgungsanlage werden mit ca. 120 bis ca. 200 T€ geschätzt. Im kleinen Umfang beteiligt sich das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirksamtes Spandau an den Kosten für die Ingenieursleistungen zur Erkundung von Altablagerungen im Boden.

Frage 12:

Wann wird der gesperrte Uferweg auf der Insel Eiswerder für die Öffentlichkeit wieder geöffnet?

Antwort zu 12:

Das Bezirksamt Spandau teilt hierzu mit:

„Der Uferweg auf der Insel Eiswerder ist nicht betroffen. Der betroffene Uferweg am östlichen Ufer des Spandauer Sees nördlich der Kleinen Eiswerderstraße, kann erst wieder geöffnet werden, wenn die Ablagerungen geräumt und die Grünanlagenflächen wiederhergestellt sind.“

Frage 13:

Welche Konzepte wären aus Sicht des Senats und des Bezirks denkbar, um eine Gefährdung durch Schadstoffe, Munition und Kampfstoffe auf und nahe der Insel Eiswerder künftig zu minimieren?

Antwort zu 13:

Grundsätzlich sind vorgezogene oder baubegleitende Erkundungen und Sanierungen bei Umnutzung bzw. Bauvorhaben durchzuführen. Hierfür ist vorab eine Beteiligung der zuständigen Bodenschutzbehörden erforderlich. Zu jedem Auffinden von relevanten Verunreinigungen wird eine Erkundung bzw. Sanierung abgestimmt oder verwaltungsrechtlich angeordnet. Hier wird standardmäßig auch auf Konzepte zur Arbeitssicherheit, zum Immissionsschutz und zum Gesundheitsschutz sowie die Abstimmung mit den jeweils zuständigen Behörden hingewiesen und auf den Einzelfall ausgerichtet. Ein Arbeits- und Sicherheitsplan ist in jedem Fall Bestandteil einer Sanierungsvereinbarung.

Frage 14:

Welche Maßnahmen hat die BImA nach Kenntnisstand des Senats und des Bezirks bislang unternommen, um möglicherweise im Boden befindliche Schad- und Kampfstoffe zu bergen und den Boden im nördlichen Teil der Insel Eiswerder zu sanieren?

Antwort zu 14:

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Berlin, den 18.12.2020

In Vertretung

Ingmar Streese
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz